



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

am Donnerstag (5.03.2020) haben wir über die Konsequenzen der schrecklichen Tat von Hanau debattiert. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die AfD endlich einmal für einen Moment innehalten und darüber nachdenken würde, inwieweit sie mit ihrer Sprache zu derartigen Taten beiträgt. Davon war in der Debatte allerdings nichts zu hören. Laut einer aktuellen Umfrage sieht die Mehrheit der Bundesbürger allerdings sehr wohl einen Zusammenhang zwischen den hetzerischen Äußerungen aus der AfD und rassistischen Gewalttaten wie in Hanau. Mit dem Festhalten an hetzerischen Parolen und dem Missbrauch demokratischer Gepflogenheiten

wie in Erfurt ist sie weit von dem Ziel entfernt, eine Partei der bürgerlichen Mitte zu werden.

Bei allen Statements in der Debatte habe ich als Mitglied des Familienausschusses und Berichterstatter für politischen Radikalismus und Erziehungskompetenz jeglichen Hinweis auf den Extremismus bedingenden Ursachen, also auf die deprivierenden defizitären Sozialisationsbedingungen in der frühen Kindheit vermisst. Durch empirische Daten sind die Zusammenhänge zwischen Bedingungen der Primärsozialisation zur Ausbildung von Empathie und Toleranz und der späteren Sozialisation nachweislich beschrieben.

Notwendige restriktive Maßnahmen staatlicher Gewalt und spätere Intervention durch Bildung - gegebenenfalls auch Training - bleiben aber Symp-

tombehandlung, wenn Persönlichkeitsstrukturen sich verfestigt haben und wenn sich regressive Bedürfnisse nach "Ersatzfamilie" totalitär strukturierte Ideologien und Gruppen suchen. Ich mahne gerade für unsere Fraktion diesen weiteren Blick an, der sich in gezielter Prävention politisch darstellen müsste.

Die Not der unbegleiteten Minderjährigen in den Lagern in Griechenland verlangt sofortige Abhilfe, Zivilgesellschaft muss hier Hand in Hand mit Politik handeln. Mehr dazu auf der nächsten Seite.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.
Herzlichst Ihr

CVJM-Gruppe zu Besuch im Bundestag



Im Rahmen der Berliner Gespräche 2020 besuchte mich am 04.03. eine Gruppe von CVJM Deutschland im Deutschen Bundestag. Junge Freiwillige, politisch interessiert mit eigener Meinung, wertorientiert und auf der Suche nach Antworten, auch von "älteren Semestern" wie mir.

Nr. 48/19. WP
6. März 2020

Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen

Am Dienstag (3.3.2020) wurde im Deutschen Bundestag der von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Antrag zur Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden aus Griechenland abgelehnt. Ich habe diesem Antrag mit der folgenden Begründung zugestimmt:

Die dramatischen Zustände in den griechischen Hotspots können uns nicht unberührt lassen. Bundestagsabgeordnete haben die Situation in Lagern persönlich in Augenschein genommen. Bereits damals waren die Lager deutlich überbelegt und in schlechtem Zustand. Teilweise mussten die Flüchtlinge in Zelten oder unter Planen übernachten. Unterkunft, Ernährung und sanitäre Einrichtungen sind unzureichend. Besonders die jüngsten und schwächsten Personengruppen wie Frauen, Kinder und unbegleitete Jugendliche sind vor Gewalt kaum geschützt, leiden unter der mangelhaften Unterbringung und Versorgung und erhalten kaum anderweitige Unterstützung.

Auch die medizinische Versorgung war und ist sehr schwierig. Es mangelt an medizinischem Personal und Material. Viele Kinder leiden unter Traumata aufgrund ihrer Kriegserfahrungen und den Zuständen in den Hotspots. Kinder haben keine Möglichkeit eine Schule zu besuchen. Eine

ganze Generation wächst ohne Perspektive und ausreichende Bildung heran.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollten daher aus Griechenland auch in Deutschland aufgenommen werden, wobei das angezeigte bürgerschaftliche Engagement (Kommunen, Pflegefamilien) genutzt werden kann. In den vergangenen Wochen haben sich bereits einzelne Kommunen und Bundesländer bereit erklärt, junge Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Persönlich habe ich mich durch Schreiben und Gespräche in dieser Sache bereits in 2019 an verschiedene Minister gewandt.

Ich persönlich empfinde die Gewissenspflicht, möglichst vielen Menschen eine menschenwürdige Perspektive zu geben. Aufgrund der im-

mensen Probleme müssen wir zumindest den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eine solche Perspektive geben und ihre Situation zumindest zeitnah verbessern.

Mir ist bewusst, dass wir nicht alle Menschen aus den Hotspots in Deutschland aufnehmen können. Deshalb unterstütze ich auch die Forderung des Antrags, die Situation vor Ort zu verbessern und für menschenwürdige Bedingungen zu sorgen. Zudem begrüße ich, dass Innenminister Seehofer sich nachdrücklich auf europäischer Ebene für einen Verteilungsschlüssel einsetzt und auch bilaterale Gespräche mit Mitgliedsstaaten führt, sowie weitere Gespräche im Rahmen der deutschen EU Ratspräsidentschaft für eine Reform des europäischen Asylsystems angekündigt hat.

Mehr Schüler ganztags betreuen

Um die Fähigkeit der Länder zum quantitativen und qualitativen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter zu verbessern, soll ein Sondervermögen von einmalig zwei Milliarden Euro eingerichtet werden. Davon soll jeweils die Hälfte in diesem und im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden. Mit einem entsprechenden Gesetzesentwurf hat sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag (5.3.2020) in erster Lesung befasst.

Mit der Einrichtung dieses Sondervermögens setzen wir den im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter um. Der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote bietet zum einen Kindern mehr Bildungs- und Teilhabechancen, zum anderen erleichtert es die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und fördert somit die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Frieden beruht auf Gerechtigkeit und Nächstenliebe

„Frieden beruht auf Gerechtigkeit und Nächstenliebe“, sagte Bischof Antonio Ablon, den ich am Dienstag (3.3.2020) zu einem Austausch begrüßen durfte.

Ich habe zu Beginn des Jahres 2020 die Patenschaft im Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages „Parlamenta-

noch bleibt er im Volk populär. Welche Hoffnung gibt es für die Philippinen, wenn Duterte trotz allem in den Umfragen im Jahre 2019 etwa 80 Prozent der philippinischen Bevölkerung hinter sich hatte und es um die Opposition in Asiens ältester Demokratie schlecht bestellt ist? Bei den Halbzeitwahlen auf den Philippi-

rechtfertigt. Im Kongress wurden nun mehrere Änderungsanträge zum Antiterrorgesetz von 2007 eingebracht. Die Vorschläge beinhalten eine erweiterte Definition des Begriffs "Terrorismus" und eine Verlängerung der Haft ohne Haftbefehl bei Terrorismusverdacht. Dieses Gesetz verstößt gegen unser Rechtsbe-



von links:

Isabel Hess-Friemann,
Dekan Ulf-Martin Alexander Schmidt,
Antonio Nercua Ablon,
June Mark Yanez

rier schützen Parlamentarier“ für den mit Todesdrohungen verfolgten philippinischen Bischof Antonio Ablon von der Unabhängigen Philippinischen Kirche (Iglesia Filipina Independiente) übernommen. Der Bischof setzt sich für die Rechte der armen indigenen vertriebenen Lumads in Mindanao ein.

Der für zigtausende extralegale Tötungen verantwortliche philippinische Präsident Duterte, der international umstrittene Staatschef, ist in allen Anliegen, die er dem Volk versprach, gescheitert: Armutsbekämpfung, Drogenbekämpfung und Frieden auf Mindanao. Und den-

nen im letzten Jahr haben Vertraute von Präsident Duterte neun von zwölf Sitzen im Senat gewonnen. Damit hat Duterte nun auch im Oberhaus des Parlaments eine klare Mehrheit. Der Bischof setzt dennoch mit viel Geduld seine Hoffnung in die Opposition, denn es seien Anzeichen für Spaltungen innerhalb der Gefolgschaft des Präsidenten zu erkennen. Trotz der Mehrheitsverhältnisse könnten offizielle Gefolgsleute sich in der Wahl gegen ihn stellen. Sorge macht ihm eher das Antiterrorgesetz, das ohne weitere gesetzliche Grundlagen eine Verhaftung und Inhaftierung für drei Monate

wusstsein und gegen das Recht der Unschuldsvermutung.

Asyl hat Bischof Antonio Ablon nicht beantragt, plant er auch nicht. Momentan ist er Stipendiat der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte und möchte die Zeit nutzen, hier in Deutschland etwas zu bewirken, indem er seine Geschichte und die Geschichte der Menschen von Mindanao erzählt.

Ich habe ihn in meinen Wahlkreis eingeladen und hoffe, dass wir zum Beispiel auch an der Universität Frankfurt (Oder) und dem Oekumenischen Europa-Centrum Frankfurt (Oder) e.V. gemeinsame Veranstaltungen organisieren können.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Mehr als nur Theorie

Im Studium – gerade in meinem bereits abgeschlossenen Bachelorstudium der Politik- und Rechtswissenschaft – lernt man als Studentin viel über die Funktionsweise des Deutschen Bundestages. Seine Stellung im Demokratiegefüge, über Wahlen und natürlich auch über die Abgeordneten, die als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes ihr Mandat beim Bundestag wahrnehmen.

Schön und gut. Formal weiß ich als Studentin über doch einiges Bescheid – aber wie sieht das Ganze in der Praxis aus?

Als Studentin des Masterstudiengangs European Studies an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) habe ich mich im Rahmen eines Forschungsseminars nun an die Praxis im Bundestag gewagt. Das Büro des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt ermöglichte mir dafür eine zweiwöchige Hospitation.

Aber mein Aktionsradius erstreckte sich hierbei nicht nur auf das Abgeordnetenbüro. Zunächst machte ich mich am ersten Tag mit allen Liegenschaften des Bundestages bekannt. Nach einem



kurzen, organisatorischen Überblick, ging es aber schnell in die inhaltliche Tiefe. Martin Patzelt ist als Abgeordneter dem Familien- und Menschenrechtsausschuss zugeordnet. So bekam ich Einblick in viele Themen aus diesen Bereichen: sei es das Ganztagsfinanzierungsgesetz, das aktuell im Bereich der Familienpolitik beraten wird oder tagesaktuell die schreckliche menschenrechtliche Lage in Syrien und an der griechischen Grenze.

Zudem nahm ich Teil an vielen Diskussionsrunden, zum Beispiel mit dem Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, einem Gespräch des Abgeordneten Patzelt mit dem philippinischen Bischof Antonio Ablon oder als Zuschauerin an Plenardebatten.

Das, was sich im Plenum des Bundestages abspielt, ist nur ein kleiner Bruchteil der ganzen Arbeit, die sich hinter den Kulissen abspielt – und gerade die konnte ich während meiner zwei Wochen im Bundestag hautnah erleben. Dafür möchte ich meinen besonderen Dank an Herrn Patzelt und sein Team richten, die mich sehr herzlich aufgenommen haben.

Abschließend kann gesagt werden: Der Bundestag ist mehr, als das, was ich als Studentin in Vorlesungen und Seminaren in der Universität gelernt habe – jedem, der daran zweifelt, kann ich ausdrücklich einen Einblick in die reale Praxis empfehlen.

Miriam Pilatzki